

Dresdner Volkszeitung

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alttadt

Kontakte: Gebr. Kersch, Dresden.

Bezugpreis einschließlich Frachtposten monatlich 6500.— M., durch die Post bezogen monatlich 6600.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 2500.— M., Einzelnummer 800.— M., Sonntagsnummer 400.— M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die halbpaltene Nonpareilzeile 700.— M., auswärts 800.— M., die halbpaltene Reklamezeile 800.— M., auswärts 850.— M., Ausland 9500 u. 12000 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Vertriebsbeleg 300 M.

Nr. 150

Dresden, Sonnabend den 30. Juni 1923

34. Jahrg.

Frankreichs Ruhrpolitik

Obgleich sich die Zustände, die der Passbrief von beiden Seiten fordert, nicht die Wege halten — Frankreich soll stufenweise das Ruhrgebiet nach Beendigung der Reparationsverhandlungen räumen, d. h. also, Deutschland müßte sich auch nach der Durchführung eines Waffenstillstandes auf Gegenseitigkeit mit einer Ruhrbesetzung für eine gewisse Zeitlang abfinden, trotzdem die Politik Poincarés seit dem 11. Januar wiederholtlich ist — lehnt sich die französische Presse dagegen auf und bestätigt damit die Vermutung, daß Frankreich die Ruhr auf Jahre hinaus in Besitz nehmen will. Es fragt sich deshalb, ob trotzdem die Möglichkeit der Verständigung mit einem Frankreich gegeben ist, das noch nicht einmal bereit ist, den vom Vortag gewiesenen Weg zu betreten. England ist von dem Brief des Heiligen Vaters sehr eingenommen. Ebenso die italienische Regierung und Belgien. Innerhalb der Entente steht also Frankreich isoliert da. Aber selbst der Druck der englischen Regierung auf den ihr in jeder Beziehung ebenbürtigen Wegner in Paris dürfte an der jetzigen französischen Haltung vorläufig nichts Wesentliches ändern. Die letzten Besprechungen zwischen dem englischen und dem französischen Kabinett haben dafür genug Anhaltspunkte geliefert. Trotz dem fortgesetzten Druck aus London unterbrach Poincaré nach eigenem Gutdünken die Besprechungen, angeblich, weil die belgische Regierungskräfte noch keine Lösung gefunden hatte.

Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Machtverhältnisse und der Tatsache, daß die französische Regierung die vom Vortag vorgelegene Lösung der stufenweisen Räumung ablehnt, läßt sich der Plan erkennen, von dessen Verwirklichung das amtliche Frankreich die Beendigung des Ruhrkonfliktes abhängig machen will. Es beabsichtigt vor allen Dingen, die jetzt bereits durchgeführte Eisenbahregie im Ruhrgebiet aufrechtzuerhalten und sich damit auf Jahre hinaus eine Machtposition im Ruhrgebiet zu sichern. Mit anderen Worten: Frankreich will zum mindesten bis zur endgültigen Abklärung der Reparationsverpflichtungen das Regime der Besetzung, wenn auch in geringererem Umfang als bisher, aufrechterhalten und sich alle politischen und wirtschaftlichen Vorteile sichern, die ihm notwendig erscheinen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ihm in dieser Beziehung von der englischen und der italienischen Regierung trotz den jetzt noch bestehenden entgegengesetzten Auffassungen Konzessionen gemacht werden, weil man auch in London, Rom und Brüssel auf die Aufrechterhaltung des Ententebündnisses und auf die Sicherung des Friedens unter den Alliierten Wert legt. Dazu kommt, daß keine der alliierten Mächte auch nur einen wirklichen Trumpf besitzt, den sie gegen Frankreich auszuspielen könnte. Der einzige, aber harmlose Trumpf ist die Moral, auf die Frankreich bitter zählen kann.

Englische Blätter haben in den letzten Tagen mehrfach die Drohung ausgesprochen, daß die Regierung in London gewillt ist, falls Frankreich sich nicht bald zu einer vernünftigen Politik bereit erklärt, selbständig vorzugehen. Wir sind keine Freunde eines Zerwürfnisses zwischen Frankreich und England, aber wenn es nicht anders geht, könnte der Welt ein selbständiger Schritt der englischen Regierung, wenn er Erfolg verspricht, nur anstehen sein. Vorläufig aber können wir uns kein Bild davon machen, in welcher Richtung und auf welche Art ein derartiger Schritt mit Erfolg zur Durchführung gelangen könnte. Frankreich hat gegenwärtig in Europa eine beherrschende Stellung und deshalb halten wir es auch für eine Illusion, wenn in Deutschland alle Hoffnungen auf England gesetzt werden und auf jede eigene Politik verzichtet wird.

Ein schlimmes Zeichen

Dem Echo de Paris zufolge wird Poincaré auch weiterhin die Verhandlungen mit London nur mündlich führen, da nach seiner Auffassung die Meinungsverschiedenheiten noch so groß sind, daß es für Frankreich nicht zweckmäßig ist, sich auf bestimmte Forderungen festzulegen.

Immer neue Gewaltmaßnahmen

Elberfeld, 29. Juni. (Eig. Drahtb.) Tagtäglich erlaubt sich die französische Besatzung neue Gewaltmaßnahmen. Die Verhaftungen sind derart umfangreich, daß es kaum noch möglich ist, sie einzeln aufzuführen. Auch die sinnlosen Sicherheiten auf harmlose Passanten nehmen überhand. In Dortmund und Herne müssen die Straßenbahnen ihren Verkehr auf Anordnung der Franzosen auf den Stand vor der Besetzung bzw. den des Jahres 1922 durchzuführen. Unter diesen Umständen müssen ganze Linien eingestellt werden, die infolge der Eisenbahnverkehrseinstellung in Betrieb genommen worden waren. Der Zweck der französischen Maßnahme ist, die deutschen Reisenden zu zwingen, von Franzosen beschützte Eisenbahnlinien zu benutzen. — In Arefeld beschlagnahmten die Belgier 22 Millionen Mark Erwerbslosgelder.

Frankfurt a. M., 29. Juni. (Eig. Drahtb.) In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag ist die Eisenbahnlinie Darmstadt—Frankfurt, die durch das besetzte Gebiet führt, durch Aufreißen der Schienen bei der Station Langen unterbrochen worden. Die auf der Fahrt befindlichen Reisenden mußten die Fahrt unterbrechen. Infolge der Verkehrsstörung ist auch der direkte Verkehr zwis-

chen Basel, Mannheim, Heidelberg und dem übrigen Süddeutschland lahmgelegt. Die von Mannheim nach Frankfurt verkehrenden Züge müssen jetzt über die Wiesbadenburger Strecke umgeleitet werden. Der Verkehr Frankfurt—Cronberg ist ebenfalls durch Aufreißen der Schienen bei Elsdorff lahmgelegt.

In Limburg leisteten sich die Franzosen gleichfalls einen neuen Gewaltakt. Sie markierten mit zwei Kompanien in die unbesetzte Stadt ein, um die Freilassung zweier Eisenbahnbeamten zu verlangen, die im französischen Dienst tätig und von deutschen Polizeibeamten in Diez verhaftet und abtransportiert waren. Da dem Verlangen nicht nachgegeben wurde, nahmen sie acht Geiseln fest, die so lange in Haft behalten werden sollen, bis die Eisenbahner wieder auf freien Fuß gesetzt sind.

Paris, 29. Juni. Nach einer Vorabmeldung aus Koblenz hat die internationalisierte Rheinlandkommission beschlossen, an den französischen Staat 50 000 Kubikmeter Kiefernholz abzutreten, die den Domänenforsten des Trierer Bezirks entnommen wurden und zu Wiesbaden in den zerstörten Gebieten Verwendung finden sollen.

Wit Essen, 29. Juni. Die Franzosen haben gestern in aller Frühe in Gelsenkirchen die Ausweisung der Eisenbahner fortgesetzt. Die Eisenbahner wurden morgens 5 Uhr aus den Betten geholt und abgeführt. Im ganzen sind gestern 34 Eisenbahner von der Ausweisung betroffen worden. In das französische Gefängnis in Dortmund ist in den letzten Tagen eine große Zahl verhafteter Bürger eingeliefert worden.

Seute sind 49 Eisenbahnbeamte aus Werdau bei Duisburg ausgewiesen worden. Die Familien müssen am Sonnabend folgen.

Die Hälfte der Einwohner ausgewiesen

Wit Frankfurt, 29. Juni. Der Kreisdelegierte von Gerolstein hat Stadtvertretern gegenüber geäußert, er werde Gerolstein derart peinigen, daß kein Mensch mehr dort leben könne. Er werde Gerolstein im wahren Sinne des Wortes zu einer toten Stadt machen, wenn der Widerstand der Beamten nicht aufhöre. Gerolstein hat bereits die Hälfte seiner Einwohner durch Massenausweisungen verloren.

Die Hungerblockade

Essen, 29. Juni. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten entrollte der Lebensmitteldirektor ein außerordentlich trübes Bild. Nach seiner Auffassung stehe die Stadt bezüglich der Lebensmittelversorgung vor einer Katastrophe. Die Schwierigkeiten würden noch dadurch erhöht, daß die Fernverkehrs- und Telegraphenverbindungen von den Franzosen unterbrochen seien, so daß es den von der Stadt beauftragten Händlern nicht möglich sei, rechtzeitig einzukaufen. Die städtischen Lagerhäuser für Lebensmittel seien leer. Ebenso schlecht stehe es mit der Kartoffelversorgung. Auch Gemüse werde nur noch zu einem Drittel der erforderlichen Menge angeliefert. Außerdem sei man gezwungen, es von weither mit Kraftfahrzeugen heranzuholen. Die Milchzufuhr sei auf ein Fünftel des täglichen Bedarfs zurückgegangen. Davon würden für die Krankenanstalten allein täglich bis zu 50 000 Liter benötigt.

Gegen das Wettrüsten

London, 29. Juni. Die Konferenz der Arbeiterpartei hat eine Resolution angenommen, in der die Vermehrung der britischen Luftmacht, die einen Rüstungswettlauf mit Frankreich bedeute und eine neue Kriegperiode einleite, verurteilt und verlangt, daß Großbritannien eine internationale Konferenz zur Abschaffung der Luftwaffen einberufe. Eine weitere Entschärfung bezeichnet das Ruhrunternehmen als kriegerische Angriffshandlung und verlangt Verhandlungen oder einen Schiedspruch.

Danzig und Polen

Danzig, 29. Juni. Der Senat der freien Stadt Danzig sprach in einer Note an den diplomatischen Vertreter Polens in Danzig sein Bedauern darüber aus, daß die polnische Regierung die Ausweisung der 16 Danziger Staatsangehörigen nicht rückgängig gemacht habe. Bei den Ausweisungen polnischer Staatsangehöriger aus Danzig handele es sich fast ausnahmsweise um Personen, die die Gesetze verletzten hätten. Daß die polnische Regierung bisher keine Danziger aus Polen ausgewiesen hätte, erkläre sich einfach daraus, daß Danziger Staatsangehörige niemals einen Grund dazu gegeben hätten. Das jetzt gestellte Verlangen, den polnischen Staatsangehörigen in Danzig mit Ausnahme der politischen Rechte dieselben Rechte einzuräumen wie den Danzigern, werde von der Bevölkerung der freien Stadt als Enttäuschung empfunden. Der Senat habe daher die Ausweisung der 16 Danziger Staatsangehörigen vom Oberkommissar des Völkerbundes zur Entscheidung unterbreitet.

Der diplomatische Vertreter Polens hat die Note des Danziger Senats mit der Begründung zurückgeschickt, daß sie nicht in einem der allgemeinen Völklichkeit entsprechenden Tone abgefaßt sei.

Staat und Proletariat

Von Jakob Altmaier

Der Zusammenbruch von 1918 und seine außen- und innenpolitischen Folgen haben grundlegende Änderungen im deutschen Staatsleben bewirkt. So gering man nach den Fortschritten seit Bestehen der Republik werten mag: die Arbeiterkraft ist politisch nicht lediglich Objekt der Staatsverfassung, sie ist gleichberechtigt geworden. Ihre Vertreter sitzen in allen Ämtern, in den Ministerien, in allen staatlichen und städtischen Verwaltungen. Das Betriebsrätegesetz versucht den Arbeitern auch Rechte im Wirtschaftsprozess zu geben. Mit einem Wort: wir haben die politische Demokratie. Daß sie heute nicht mehr ausreicht, um auch nur die bescheidensten Lebensbedürfnisse der arbeitenden Massen wie der Republik zu sichern, daß auch die bestbeschriebene Verfassung noch lange keine Macht bedeutet, darüber kein Streit! Wenn sich also das Kapital und die Besitzenden mit den innerpolitischen Verhältnissen zufrieden geben könnten, außenpolitisch werden sie sich niemals gutwillig einer militärischen Republik fügen, die kein Mittel hat, die Geschäfte des deutschen Handels und der Industrie mit Kanonen und Maschinengewehren zu sichern und zu fördern. Im Gegenteil! Der Staat verlangt von dem Volk große Opfer, muß sie haben, wenn die Regierung ihr Verpflichtungen nach außen und nach innen erfüllen will.

Kampf zwischen Staat und Wirtschaft, das ist die große historische Linie, in der die innerpolitischen Ereignisse der letzten fünf Jahre wurzeln, die entscheidend gewesen ist für die Außenpolitik der deutschen Republik und die entscheidend sein wird im außenpolitischen Ringen um den Bestand des Reiches. Der Arbeiterkampf war die „Erfüllungspolitik“ nicht ein demütiges Winkeln vor überstarken englisch-französischen Imperialisten und Militaristen. Es war der einzige Ausweg vor einer Katastrophe, wie sie uns jetzt droht: vor der Zerreißung Deutschlands, die zugleich das Ende der politischen Einheit und das Ende der einheitlichen großen deutschen Arbeiterbewegung bedeuten würde. Das ist der tiefste Sinn, wenn beim Rapp-Buch, beim Erzbergermord, beim Rathenau-Mord Sozialdemokraten, Unabhängige und Kommunisten über alle Schranken hinweg gemeinsam zum Schutz der Republik in gewaltigen Demonstrationen eine lebendige Mauer um die bedrohte Republik gebildet haben. Es sind jedoch nicht allein Worte, Unterschriften und Versammlungen gewesen, in denen das Proletariat seine inner- und außenpolitische Staatstreue erschöpfte. Es gab auch wirtschaftlich, was es geben konnte. Der zehnprozentige Lohnabzug vom fälligen Verdienst der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist eine der größten patriotischen Leistungen, die je vollbracht wurden. Man schlage die Haushaltsbücher der arbeitenden Massen auf, und man wird darin eine solche Summe von Opfern, von Mühe, Not und Elend finden, wie sie fast ohne Beispiel sind.

Und die Gegenseite, der Besitz, die Wirtschaft? O rühret, rühret nicht daran. Wenn es gilt, dem Staatsanwalt die Kassenbücher zu verbergen, in denen deutlich die Vermögensverflechtung und die Steuerinterziehung zu lesen sind, dann knact sogar der deutschnationale Reichstagsabgeordnete von Kerhoff keinen versteckten Geldschrank. Dieser „Patriot“ ist nur einer von vielen. So haben sich alle gedrückt, haben alle den Staat betrogen und seine innere und äußere „Erfüllungspolitik“ sabotiert. Verarmt, ausgebeutet und bankrott ist der Staat und mit ihm die Masse des Volkes, das heute zu 90 Prozent aus Proletariaten besteht, wobei fast der gesamte ehemalige Mittelstand das Lumpenproletariat bildet. Mächtig dümmert es auch bei diesen, wo der Feind steht, daß auch seine Lebensverhältnisse nicht im Kampf gegen die Republik und die Arbeiterbewegung, sondern nur im Kampf gegen die Schwerindustrie und gegen das Groszkapital gebessert werden können.

Mit einem Wort: der Kampf zwischen Staat und Wirtschaft steht auf der Spitze. Was noch jahrelanger stetiger Entwicklung bedurft hätte, hat der Ruhrkrieg in wenigen Monaten austreiben lassen. Staatsfeindlicher und gemeingefährlicher als in den letzten sechs Monaten, hat noch nie eine Gesellschaftsklasse gehandelt, wie die besitzenden Schichten Deutschlands in den Stunden höchster Not des Vaterlandes. Der Staat ist für sie eine unbequeme Einrichtung geworden. Deutschland wird sich verfländigen und bezahlen müssen. Vom zehnprozentigen Lohnabzug sind die Summen nicht mehr aufzubringen. Keine sich, wer kann! Und sie versuchen es. „Whömt“, „Kneinstahl“, „Scheidemantel“ haben bereits die Mehrheit ihres Aktienbestandes an ausländische Kapitalisten verkauft. Jeden Tag merket die Börse neuen großen Effektenverkauf an das Ausland. Bürgerliche Zeitungen berechnen, daß zwei Drittel des Vermögens von Hugo Stinnes in ausländischen Unternehmungen stecken, zu denen sogar die französische Kanonenfabrik Schneider-Creusot gehört. Die Bodischen Anilin- und Sodawerke haben schon lange ihre sämtlichen Patente gegen gute Franken nach Westen verschoben. König Dollar rief, und alle, alle kamen. Prott von der deutschen Mark, beim in die ausländischen Fronten. Frank, Wunde. Gott strafe England und segne seinen Sterling. Wenn man nebenbei noch die deutschen Eisenbahnen und die Post frappen kann, her damit! Wenn noch einige Millionen Deutscher verhungern, was ist dabei! Schon sind die arbeitenden Massen, die Intelligenz, die freien Berufe wirtschaftlich und geistig auf einen kulturellen Tiefstand herabgedrückt, der eine Gefahr für das Staatsleben, für das Leben der Nation geworden ist. Das ist gewiß: das Schicksal der Arbeiterklasse, des Proletariats, ist